

THYMIAN BUSSEMER, ANNIKA KLOSE, MARC SAXER,
WOLFGANG SCHROEDER, GESINE SCHWAN

Die Corona-Krise als Chance

ERFAHRUNGEN IN DER CORONA-KRISE UND POLITISCHE FOLGERUNGEN FÜR DIE SPD

Die Corona-Pandemie hat die Welt auf einschneidende Art verändert. Offensichtlich ist, dass es in der „Zeit nach Corona“ neue Themenkonjunkturen auf der öffentlichen Agenda geben wird. Deshalb stellt sich die Frage, inwieweit vor allem die positiven Haltungen aus der Krise für die neuen und vielleicht sogar dauerhaften Verschiebungen und Herausforderungen positiv weiter wirken können. Es gibt Veränderungen in der Lebenswirklichkeit und in der gesellschaftlichen Wahrnehmung, die zum

Teil direkt durch Corona induziert werden, zum Teil aber auch schon einen längeren Vorlauf haben und durch die aktuelle Pandemie nur katalysiert oder einfach offengelegt werden. Diese Veränderungen zu erkennen und politisch zu adressieren soll und muss auch Teil der politischen Agenda des kommenden Bundestagswahlkampfes sein.

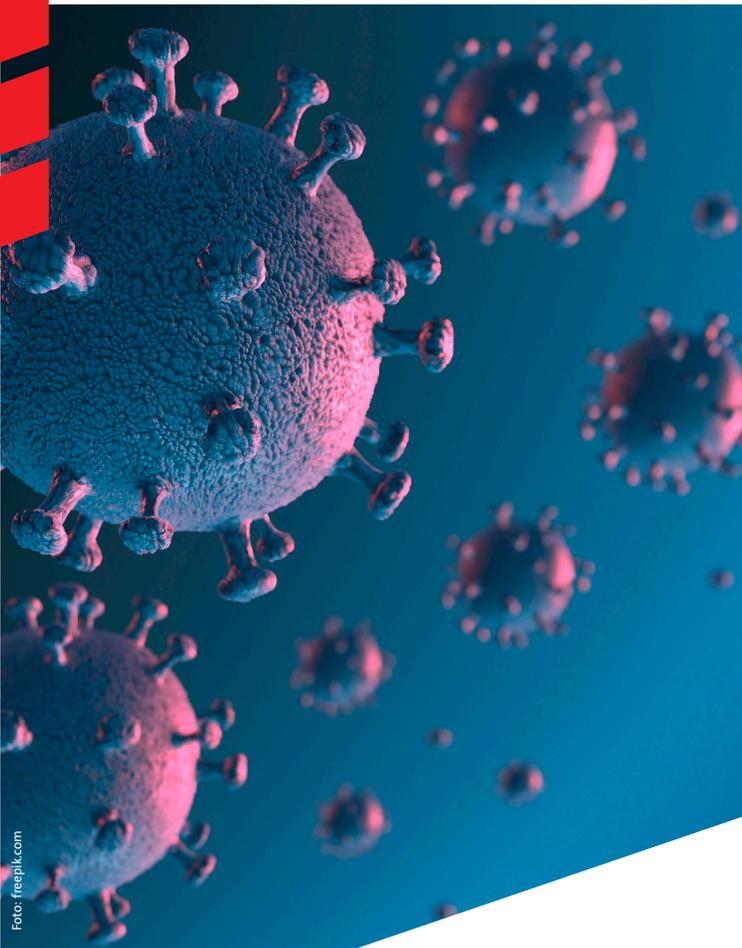
I. ERFAHRUNGEN IN DER KRISE UND ANSTÖßE FÜR DIE ZUKUNFT

1. Lebenswelt

Der Lockdown hat mit der radikalen Unterbrechung der sozialen Kontakte und der täglichen privaten wie beruflichen und öffentlichen Gewohnheiten allen Menschen radikal vor Augen geführt, dass nichts in unserem Leben selbstverständlich ist, „von allein“ geschieht oder einfach weitergeht. Wir konnten und müssen lernen, dass wir in einem viel weiteren Maße verantwortlich sind für ein gelungenes Zusammenleben als uns vorher in der Regel klar war, als alles noch „selbstverständlich“ lief.

Grundlegend haben wir sinnlich erfahren: Allein werden wir nicht glücklich (Rühmkorf: „Allein ist nicht genug“). Wir brauchen auf die Dauer auch die physische Nähe anderer Menschen. Die Unterbrechung der direkten zwischenmenschlichen Kontakte konnte nur zu einem Teil durch einen Aufschwung an digitaler Kommunikation ausgeglichen werden.

Hier liegt es nahe, sich ins Gedächtnis zu rufen, dass ein ähnlicher Mangel an menschlicher Kommunikation schon vor Corona einen erheblichen Teil unserer Gesellschaft (Alte, Kranke, Singles aller Art) betroffen hat. Die Verbreiterung dieser einschneidenden Erfahrung in der Corona-Krise kann den Boden dafür bereiten – sicher ist das nicht! –,



Grafische Darstellung
des Corona-Viruses

dass Staat und Zivilgesellschaft sich in Zukunft mehr um dieses Problem kümmern werden und müssen, wenn es menschlicher in unserer Gesellschaft zugehen soll.

Umgekehrt stellt es vielfach eine harte Herausforderung dar, immer in unmittelbarer und unvermeidbarer Nähe auf begrenztem Raum mit unseren Angehörigen oder Freunden zu leben (vgl. hier insbesondere das Problem der „häuslichen Gewalt“). Menschen brauchen auch die Möglichkeit, sich zurückziehen und distanzieren zu können. Auch hier liegen politische Folgerungen nahe: Vor allem die Notwendigkeit einer verlässlichen Unabhängigkeit aller Menschen und eines angemessenen und humanen Wohnraums für die Bürgerinnen und Bürger.

Dass unser tägliches Leben, wenn wir es gut gestalten wollen, von vielen nicht selbstverständlichen Voraussetzungen abhängt, wurde auch auf weiteren Feldern rabiab deutlich: Die Reaktionen der Regierung auf die Pandemie folgten einer Reihe von Erwägungen und Kriterien, die nicht immer klar ersichtlich sind. Dabei stand die Bedingung, dass es genug Intensivbetten, medizinische Geräte, Schutzkleidungen etc. geben muss, von vornherein im Vordergrund und hielt sich als roter Faden durch. Das ist keine medizinische Bedingung, die von der besonderen Beschaffenheit des Corona-Virus abhängt, sondern eine soziale und gesundheitspolitische. Eine politische Folgerung war und ist die zufriedenstellende Versorgung mit öffentlichen Gütern. Denn primär privatwirtschaftliche Lösungen für einzelne Versorgungsbereiche schaffen keinen hinreichenden Schutz und keine zureichende Unterstützung in der Not. Vorsorge muss sich an den notwendigen Bedarfen orientieren, und die lassen sich nicht durch Rendite- und unmittelbare Nutzungskriterien definieren.

Zugleich wurde deutlich, dass die Infrastruktur dieser öffentlichen Güter und die Menschen, die uns damit versorgen – die Pflegekräfte, die Busfahrer*innen, die Dienstleister*innen aller Art - genauso „systemrelevant“ sind wie etwa Banken und insgesamt der Wirtschaftssektor. Die Bewunderung für die Hilfs- und Opferbereitschaft, auch für den Mut von Pflegekräften, nicht nur von Ärzt*innen, haben zu neuen Wertschätzungen geführt und die bisherigen Anerkennungs-

hierarchien in der beruflichen Welt infrage gestellt. Daraus muss nicht nur in Sachen Anerkennung, sondern auch in Bezug auf Bezahlung sozialdemokratische Politik strukturelle Folgerungen (andere Bewertungsindikatoren, mehr Geld, Tarifverträge etc.) ziehen. Zu debattieren ist darüber hinaus das traditionelle Ziel des sozialen Aufstiegs („Aufstieg durch Bildung“), das in der Sozialdemokratie tief verankert ist, aber grundsätzlich im Schema traditioneller sozialer Prestige-Hierarchien bleibt, in dem es eben Aufstieg und Abstieg gibt. Einer Gesellschaft von Freien und Gleichen, die solidarisch miteinander leben, steht dieses Verständnis letztlich entgegen.

Mit dem plötzlichen Bruch in der gewohnten Arbeits- und Lebenswelt – und das in Friedenszeiten – und der Schwierigkeit, sich darauf einzustellen, trat eine politisch-soziale und ökonomische Zielsetzung immer mehr ins Bewusstsein, die schon seit einiger Zeit mit dem Begriff „Resilienz“ öffentlich diskutiert wird. Sie bekam nun eine neue intensive Dringlichkeit und existenzielle Bedeutung, die das Leben breiter Teile der Gesellschaft beeinflusst: Die vielfältigen Voraussetzungen, auch die Infrastruktur unseres Zusammenlebens: Verkehr, Mobilität insgesamt, Bildung, Kultur, Restaurants, Sport können bei einer Pandemie oder einem anderen unvorhergesehenen Ereignis plötzlich weitgehend zusammenbrechen. Dies macht die Gesellschaften vor allem dann hilflos, wenn sie nur nach dem ökonomischen Prinzip organisiert sind, mit den geringsten Mitteln das meiste zu erreichen, Wirtschaftsprozesse auf „Kante zu nähen“, kontrolliert durchzurechnen, ohne Spielräume für unvorhergesehene Ereignisse vorzuhalten, die sich rein betriebswirtschaftlich nicht rechnen.

Damit kommen wir zu sozialen, wirtschaftlichen und politischen Erfahrungen und Schlussfolgerungen im engeren Sinne.

2. Arbeitswelt

Millionen von Wissensarbeitern haben seit Mitte März 2020 aus dem Home-Office gearbeitet. Dienste wie Skype, Microsoft Teams und andere digitale Kollaborationstools wurden quasi über Nacht zum bevorzugten Arbeitsmittel der Wissensarbeiter. Corona hat damit der Digitalisierung der Büroarbeit zum

Durchbruch verholpen und zu einem Quantensprung in der digital literacy der deutschen Arbeitnehmer*innen geführt. Dass sich die Entwicklung „nach Corona“ zurückdrehen und in die alte Präsenzkultur überführen lässt, erscheint unwahrscheinlich. Nicht nur werden vor allem junge Eltern noch auf viele Monate hinaus massive Betreuungsprobleme haben: Viele Beschäftigte haben in der Krise bemerkt, dass es sich von zu Hause aus in mancherlei Hinsicht einfacher und auch produktiver arbeiten lässt.

Die Wochen und Monate des Home-Office hatten und haben freilich auch ihre Kehrseite: soziale Isolation und Wegfall des stabilisierenden Kolleg*innen-Kontakts, die für viele Beschäftigte eine schwerwiegende psychische Belastung bedeuteten. Es wurde deutlich, dass die Erwerbsarbeit ihre Funktion als zentrales Element gesellschaftlicher Integration auch heute nicht eingebüßt hat. Die schwere konjunkturelle Krise stellt jedoch nicht nur die ökonomische Grundlage und soziale Integration vieler Beschäftigter in Frage, sondern stürzt insbesondere jüngere Beschäftigte häufig zusätzlich in eine persönliche Sinnkrise. Diese Generation von Arbeitnehmer*innen stellt an ihre Arbeit neue Ansprüche, möchte in ihr Selbstverwirklichung und subjektiven Sinn erfahren. Auch die Unternehmen fordern die sogenannte subjektivierte Arbeit ein und erwarten von den Beschäftigten, sich als ‚ganze Person‘ mit ihren individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen in ihre Arbeit einzubringen, in Teams zu arbeiten und die Arbeit in den neu eingeräumten Freiräumen – indirekt durch das Management gesteuert – selbst zu organisieren. Eine enge Verzahnung zwischen individueller Sinnstiftung, Sozialkontakten und der Erwerbsarbeit ist entsprechend sowohl von den Beschäftigten, als auch den Unternehmen gewünscht. Dies hat jedoch zur Folge, dass der Verlust des Arbeitsplatzes für die betroffenen Beschäftigten nicht nur den Verlust der finanziellen Einkommensquelle, sondern auch der Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung und Sinnstiftung bedeutet. Diese zusätzliche Krisendimension darf von der Sozialdemokratie nicht außer Acht gelassen werden, da sie die Beschäftigten in eine besonders prekäre Situation bringt. Ein möglicher Ansatzpunkt zur Stärkung der Position der betroffenen Beschäftigten wäre eine

Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und eine Ausweitung des Betriebsverfassungsgesetzes unter Einbeziehung der neuen Anforderungen an Arbeit und insbesondere hinsichtlich der psychischen Belastungen von Beschäftigten.

Sozialdemokratische Politik sollte die Vor- und Nachteile von digitalem Home-Office gemeinsam mit den Betroffenen in Zukunft noch genauer untersuchen und erproben.

Wenig diskutiert worden ist bislang über Gerechtigkeit zwischen den Wissensarbeitern, die in vielen Fällen voll bezahlt von zu Hause gearbeitet haben, und Produktionsarbeitern, die mangels Maschinen- und Anlagenverfügbarkeit in Kurzarbeit mit entsprechenden Abschlägen gegangen sind. Hier sollte in der weiteren Diskussion um die Kurzarbeit verstärkt drauf geachtet werden – bis hin zu einem öffentlich garantierten 100-Prozent-Lohnniveau in der Kurzarbeit.

3. Unsere Welt ist volatil, unsicher, komplex und ambivalent.

Die Schockwellen der Corona-Krise laufen in atemberaubender Geschwindigkeit durch alle Systeme. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen sind verheerend. Selbst die optimistischsten Prognosen sehen den tiefsten Einbruch der Wirtschaftsleistung seit dem Zweiten Weltkrieg. Ob eine schnelle Erholung tatsächlich möglich ist, ist alles andere als gesichert.

Alleine in Europa haben Staaten und Zentralbanken mehr als vier Billionen Euro für den Erhalt wirtschaftlicher Substanz ausgegeben. Gelingt es nicht, die Staatsfinanzen, vor allem im Süden Europas, zu konsolidieren, droht eine neue Eurokrise. Heute bereits erleben wir die ersten Scharmützel des Verteilungskonfliktes um die Kosten der Krise. Für uns Sozialdemokrat*innen ist klar: Die Kosten der Krise wie 2008 zu sozialisieren, ist entgegen der Forderungen der ordoliberalen Gralshüter keine Option. Niemand sollte sich der Illusion hingeben, dass weitere Sparpakete im Süden Europas mit demokratischen Mitteln durchsetzbar wären. Eine weitere Dekade Austerität könnte das Ende der liberalen Demokratie in einigen Gründerstaaten Europas bedeuten und würde die Europäische Union auseinanderreißen. Im eisernen Käfig der Austerität können auch nicht die dringend

notwendigen Investitionen zur Bekämpfung des Klimawandels getätigt werden. Angesichts der aggregierten Nachfrageschwäche des Privatsektors wäre ohne einen langfristig investierenden und konsumierenden Fiskus auch die Rückkehr auf einen nachhaltigen Wachstumspfad nicht möglich. Das bedeutet, wir müssen grundsätzlich über die Rolle des Staates in der Wirtschaft sprechen. Eine neue Finanzpolitik, wie wir sie in der Krise erleben, könnte der Anfang sein.

In unserer Einschätzung werden im Gefolge der immer stärkeren globalen Vernetzung und Interdependenz jene unerwarteten Einflüsse in immer kürzeren Zyklen wiederkehren. Sie werden nicht Teil der planbaren Erwartungen und Strategien sein, sondern alles Bekannte und als sicher Betrachtete unterbrechen, abbrechen (disruptieren) oder außer Kraft setzen.

In der Krise ist uns allen (wieder) bewusst geworden, wie volatil und leicht veränderlich, unsicher, komplex und ambivalent unsere Welt ist. Das erfordert in der Wirtschaft, nicht nur in der Gesellschaft und im Staat ein neues Denken, das sich auch mit dem Begriff der Fähigkeit zur Resilienz beschreiben lässt. Nicht mehr starres, immer noch der alten Kybernetik, der alten Rückkoppelungsidee verhaftetes Planungsdenken im Sinne linearer Logik kann unreflektiert über Strategien und vorrätig gehaltene Ressourcen entscheiden. Vielmehr braucht es eine Denkhaltung, die immer einen Plan B oder gar C vorsieht und diesen dann auch materiell unterlegen kann. Vielleicht muss sogar von einer alles umfassenden Plan- oder Kontrollierbarkeit selbst in der Wirtschaft Abschied genommen werden. Das hat gravierende Konsequenzen.

Auch in der Bildung geht es dann nämlich darum, eine neue Bescheidenheit zu lernen – was frühere Philosophien mit dem Begriff der Weisheit belegten – und jenseits durchaus berechtigter Kontrollziele die Fähigkeit zur Offenheit, zur Improvisation und zur Fantasie zu kultivieren, ebenso wie zur spontanen unvoreingenommenen Kommunikation. Wir müssen eingefahrene Gleise verlassen können.

Dies betrifft auch konkrete Fragen wie die Ausgestaltung der Lieferketten in der Wirtschaft und die Ausrichtung der Geschäftsmodelle, aber auch die öffentliche Daseinsvorsorge, z.B. wenn es um die Bereithaltung medizinischer Ressourcen geht.

Das neue Denken, das wir brauchen, würde also versuchen, die Gefährdungen der Moderne umfassender als bisher in den Blick zu nehmen – wohl wissend, dass diese Gefährdungen eben nicht umfassend analysier- und taxierbar sind – und darauf Antwortstrategien zu entwickeln. Sie sollten so viele Denkressourcen und auch materielle Unterlegungen enthalten, dass man bei neu auftauchenden „schwarzen Schwänen“ (Nassim Nicholas Taleb) dennoch handlungsfähig bleibt. Unsere Gesellschaft hierfür aus- und aufzurüsten soll eine neue Linie sozialdemokratischer Politik begründen.

So kann die Sozialdemokratie aus der allgemeinen Haltung, aus der Krise eine Chance zu machen, erheblichen Gewinn ziehen. Denn Erfahrungen des Scheiterns bieten Anknüpfungspunkte für Neues, insbesondere wenn es uns breitenwirksam gelingt, in Alternativen zu denken und dafür die nötige Fantasie zu entwickeln. Für unsere Zukunft wird dies vermutlich wichtiger werden als sich z. B. im Bildungssystem allein auf schnelles stringentes Denken zu konzentrieren, anstatt ebenso intensiv künstlerische Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen anzuerkennen und zu fördern.

Die Krise verändert die
Mobilität in den Städten



II. AUS DER KRISE EINE CHANCE MACHEN

1. Corona bietet neue Perspektiven für sozialdemokratische Politik

Wie kann die Gesellschaft aus den Erfahrungen der Krise gestärkt hervorgehen?

Die Corona-Pandemie hat die Gesellschaften überall auf der Welt in Krisen mit offenem Ausgang gestürzt. Was sind die Phänomene, die im positiven Sinne den Prozess prägen und nach dem Lockdown neue Chancen bieten, z.B. für den sozialen Zusammenhalt?

Wir haben beobachtet, dass die Gesellschaften sich entschleunigen, dass die Menschen flächendeckend mehr Rücksicht genommen haben auf ihre Mitmenschen und sich auf einen reduzierten Ressourcenverbrauch einstellen – weniger fliegen, allgemein weniger reisen. Damit sind auch neue Perspektiven des gesellschaftlichen Umgangs miteinander eröffnet. Zwar sind die neuen Erfahrungen primär das Ergebnis staatlicher Ge- und Verbotspolitik. Aber diese Ge- und Verbote wurden zumindest temporär aus Einsicht in die Notwendigkeit akzeptiert und deren Normen und Vorgaben werden bisher mehrheitlich praktiziert. Damit haben immerhin viele gemerkt: Es geht auch anders. Das kann sozialdemokratische Politik für die seit mehreren Jahren stattfindenden Transformationsprozesse in Gesellschaft und Wirtschaft fruchtbar machen, wenn daraus fantasievolle praktische Schlüsse gezogen werden. In diesem Sinne geht es darum, ob und wie die

Krisenerfahrungen als Chance begriffen und genutzt werden, um die Gesellschaft sozial gerechter und nachhaltiger zu gestalten.

Die Krise gebiert z.B. offensichtlich Krisengewinner und Krisenverlierer. So wie es Branchen gibt, die besonders hart getroffen sind, etwa die Gastronomie und der Tourismus, so gibt es auch die Gewinner aus der IT und Digitalisierungswelt. Da die Wirkungen der Corona-Krise die einzelnen Gruppen und Bereiche von Gesellschaft und Wirtschaft sehr ungleich treffen, erwarten Wissenschaftler mehrheitlich, dass die Krise, wenn man ihr einfach ihren Lauf lässt, das Maß an gesellschaftlicher Ungleichheit deutlich erhöhen wird.

Doch das ist kein unabwendbares Schicksal; denkbar und für Sozialdemokraten wünschenswert wäre, dass diese absehbare Herausforderung die gesellschaftlichen Kräfte besonders stimuliert und zu ambitionierteren Aktivitäten treibt. Denn die gängige implizite oder explizite Interpretation in der modernen Leistungsgesellschaft, dass Ungleichheit das Ergebnis von Faulheit statt Fleiß, von Trägheit versus Initiative und Klugheit und von Starrheit versus Flexibilität ist, überzeugt jetzt nicht. Vielmehr ist der befürchtete Anstieg sozialer Ungleichheit durch die Corona-Krise das Ergebnis einer gesamtgesellschaftlichen Konstellation, die doch unterschiedliche Wirkungen erzeugt. Außer-

ordentliche Anstrengungen einer Politik des Ausgleichs sind deshalb nicht nur gefordert. Sie haben vermutlich auch mehr Chancen. Zentral ist dafür die Zukunft der Solidarität. Wer bringt sie voran? Staatliche Versorgung oder zivilgesellschaftliche Initiativen? Oder beides?

2. Gesellschaftliche Solidarität und sichere öffentliche Güter

Bislang ist es vor allem der Staat, der Unsicherheiten abbaut, der damit die maßgebliche Instanz der organisierten Solidarität und des Schutzes ist. Wenn die Krise kurz oder zumindest überschaubar bleibt, und die staatlichen Instrumente im Sinne der Gesellschaft wirken, kann dies funktionieren. Auf jeden Fall erleben wir nach 30 Jahren einer kulturellen Vorherrschaft von Privat vor Staat und von Wettbewerb statt Kooperation eine eklatante Rehabilitierung des Staates, an den sich auch große Konzerne wie Lufthansa wenden, weil sie sonst die Krise nicht überstehen. Von privaten Rettungsaktionen in diesem Ausmaß ist keine Rede.

Aber diese Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft und die Versorgung durch den Staat müssen Grenzen haben, um die Freiheits- und Initiativrechte der Gesellschaft nicht zu beschneiden oder verkümmern zu lassen. Sie verführen auch einige Bürger, wie wir sehen, dazu, unbürokratische finanzielle Hilfen betrügerisch auszunutzen. Sozialdemokratische Politik baut neben dem Staat immer auch auf die Freiheit, sprich: politische Tätigkeit und Verantwortungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger. Auch das fördert Resilienz.

Im gesellschaftlichen Corona-Alltag sind ja auch viele kleine Formen der Unterstützung entstanden. Bürgerinnen und Bürger stehen sich gegenseitig bei. Neue Kulturen der Rücksichtnahme und des Kümmerns sind entstanden. Doch was aus diesen punktuellen Aktivitäten wird, um die Gesellschaft im „Normalbetrieb“ zu bereichern, ist noch offen. Wenn eine neue Politik des sozialen Zusammenhalts sich aus diesen Erfahrungen ergeben soll, dann braucht es die Einsicht, dass in der freiheitlichen Ordnung die Zivilgesellschaft mehr als bisher die Möglichkeit erhalten sollte, sich selbst zu organisieren und zu bestimmen, ohne die staatliche Solidargemeinschaft zu ersetzen. Eine zu stark auf den Staat konzentrierte Gesellschaft

kann ihre eigene Selbstmächtigkeit vergessen und sich damit ihrer Fähigkeit berauben, auf Krisen kreativ zu antworten und Richtung wie Inhalt von Krisenlösungen und Wandel mitzubestimmen.

Wie kann man erreichen, dass die positiven Corona-Erfahrungen von sozialem Zusammenhalt, von Solidarität und Selbstmächtigkeit sichtbar werden und bleiben? Was sind die Herausforderungen, auf die sich die Gesellschaft vorbereiten sollte, um eine Gesellschaft für alle sein zu können? Wie kann man verhindern, dass es zu einer weiteren „Durchstaatlichung“ der Gesellschaft qua neuer (Schutz-)Digitalisierung kommt? Im Kern könnte die Chance der Corona-Krise darin bestehen, dass die Gesellschaft die Richtung wieder stärker mitbestimmt, nach der sich Wirtschaft und Staat verändern, um den Weg in eine nachhaltigere Zukunft zu finden.

3. Solidarität durch mehr Teilhabe der Zivilgesellschaft

Sozialdemokratische Politik sollte die Corona-Erfahrungen zusätzlich dadurch fruchtbar machen, dass sie verantwortete Selbstbestimmung und politische Teilhabe fördert und dafür die Voraussetzungen in der Infrastruktur und in der Finanzierung schafft, damit die Bürger*innen eigenständige gesellschaftliche Ziele und Sinnstrukturen entfalten können. Das gilt besonders auf der Ebene der Kommunen, wo Bürger*innen am leichtesten in Übereinstimmung mit der repräsentativen Demokratie teilhaben können. Zunehmend stehen dabei Gemeinden vor dem Problem, Gelder nicht beantragen und/oder ausgeben zu können, weil ihnen dafür die Infrastruktur und das kompetente Personal fehlt. Sozialdemokratische Politik muss dafür sorgen, diesen Mangel zu überwinden und politische Teilhabe gerade in den Kommunen realistisch zu ermöglichen.

Das ist zugleich eine zentrale Bedingung dafür, dass das Wieder-Hochfahren der Wirtschaft die Chance zu einer sozial-ökologischen Transformation nutzt und nicht der Versuchung erliegt, nur mit dem Gewohnten schnell wieder Gewinne und Erfolge zu erzielen. Viele Unternehmen haben in der Krise enorm an Liquidität verloren und Rücklagen aufgebraucht. Zudem sehen sie einer unklaren Marktlage entgegen. Es könnte also naheliegen, in dieser Situation auf Experi-

mente und Innovationen zu verzichten und nach der alten „more of the same“-Logik an vergangene Erfolge anzuknüpfen. Das hieße mit anderen Worten: Verzicht auf die weitere Ausgestaltung der sozial-ökologischen Transformation, wie sie z.B. die Automobilindustrie mit der E-Mobilität begonnen hat.

Aus unserer Sicht wäre dieser Kurs genau der falsche. Nicht nur, weil das Thema Klima über kurz oder lang wieder prominent auf der Agenda stehen wird, sondern auch, weil der gegenwärtige Krisenmoment eben genau das Momentum erzeugt, um danach in den Geschäftsmodellen neu aufzusetzen.

Das gilt für die großen Unternehmen, bei denen die betriebliche und die unternehmerische Mitbestimmung durch die Gewerkschaften zugunsten nachhaltiger Geschäftsmodelle und sicherer Arbeitsplätze auch in der Zukunft ihren Teil zur ökologischen Transformation beitragen sollten.

Das gilt aber auch für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die nicht nur in Deutschland die Stärke der Wirtschaft durch Innovationen, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzsicherung ausmachen. Hier kann vor allem auf der kommunalen Ebene verstärkte Bürgerteilhabe mit unternehmerischer Initiative Synergien zugunsten von mehr Nachhaltigkeit schaffen. Die Nachhaltigkeitsziele 2030 betonen die Bedeutung von Städten und Kommunen für die Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung.

Kommunale Entwicklungsbeiräte, zu denen Bürgermeister*innen neben den gewählten Repräsentanten und Vertretern der Verwaltung auch Unternehmen und die organisierte Zivilgesellschaft einladen sollten, böten eine hervorragende Möglichkeit für eine erweiterte politische Teilhabe, die wirksam und zugleich mit der repräsentativen Demokratie vereinbar ist. So können in einer „antagonistischen Kooperation“ zwischen Politik, Unternehmen und organisierter Zivilgesellschaft zukunftssträchtige Nachhaltigkeitspfade aufgetan und Win-Win-Situationen geschaffen werden. Das böte auch vielen jungen Bürger*innen eine willkommene Chance, sich wirksam politisch zu engagieren. Die Finanzierung der wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Krise bietet hier eine einmalige Chance.

Dies wäre ein Beispiel für eine sozialdemokratische Politik, die die Krise in eine Chance verwandelt, den Bürgerinnen und Bürgern mehr Freiheit als politische Teilhabe ermöglicht und Demokratie zusammen mit Nachhaltigkeit auch in der Wirtschaft weiterentwickelt. Eine aktive Zivilgesellschaft kann in Wechselwirkung auch staatliche Solidarität stärken, indem sie den Staat herausfordert und animiert, öffentliche Güter zu sichern und diese durch die Schaffung von dementsprechender Infrastruktur so zu positionieren, dass sie gerade auch durch erweiterte Bürger-Teilhabe den gerechten, sozialen Zusammenhalt in der vorsorgeorientierten Risikogesellschaft fördert.

III. VON DER NAHEN BIS ZUR GLOBALEN SOLIDARITÄT

Die Corona-Pandemie hat unsere globale gegenseitige Abhängigkeit gezeigt. Die Exportnation Deutschland kann ohne die Importfähigkeit unserer europäischen Nachbarn und der globalen Partner nicht gedeihen. Der Rückzug allein auf den Nationalstaat – auch was öffentliche Güter und erweiterte politische Teilhabe angeht – ist im wahrsten Sinne des Wortes reaktionär. Denn er müsste geistige, politische, technische und kulturelle Entwicklungen – grundlegend: das Recht auf individuelle private wie politische Freiheit – rückgängig machen, was nur mit Gewalt gelingen könnte. Er würde einen neuen Nationalismus befördern, der leicht in Überheblichkeit und Ressentiment umschlägt und der Grundidee der Sozialdemokratie, der Solidarität entgegensteht.

Mit ihm wären Sozialdemokraten nicht auf der Höhe der Zeit, die Willy Brandt immer gefordert hat. Die Aufgabe der Grundwertekommission ist seit ihrer Gründung durch Willy Brandt, die neuen globalen Herausforderungen zu erkennen und im Lichte der Grundwerte praktisch nützliche Orientierungen für politische Antworten zu finden.

Globale Solidarität hebt europäische, nationale, regionale und kommunale Solidarität nicht auf. Im Gegenteil: In einer „Good Global Governance“ stärken sie sich gegenseitig. Dazu muss die bisher alles beherrschende Konkurrenz zwischen den Nationalstaaten – die auch die internationalen Organisationen zu einem erheblichen Teil dominiert und deren innere Zusammenarbeit vielfach unterminiert – durch transnationale Vernetzungen und Kooperationen, z.B. zwischen Kommunen und Städten ausbalanciert werden. Auch hier ist überall die Bürgergesellschaft gefragt.

In der Corona-Krise hat die Bürgergesellschaft gezeigt, was sie kann und dass Solidarität nicht nur nötig, sondern auch möglich ist.

Das haben unsere Regierungen zuvor häufig unterschätzt. Unsere Gesellschaften haben – allen Versuchen von kriminellem Missbrauch zum Trotz – mehr Verantwortungssinn und Einsicht gezeigt, als viele erwartet haben. Dieses Verhalten sollte von den politischen Akteuren und Institutionen, also auch von der Sozialdemokratie nach Kräften unterstützt werden.

Richard Löwenthal, der unter dem Vorsitz von Erhard Eppler die Grundwertekommission der SPD in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts maßgeblich mitgeprägt hat, wurde nicht müde zu unterstreichen, dass Demokratien auf die Lernfähigkeit ihrer Bürger angewiesen sind, diese aber auch auf ausgezeichnete Weise ermöglichen. Diese Lernfähigkeit und die dahinterstehende Zukunftszuversicht sind ein historisches Markenzeichen der Sozialdemokratie.

Durch politische Teilhabe entsteht das in heutiger Zeit dringend gebrauchte neue Vertrauen der Bürger untereinander und in demokratische Politik. Teilhabe kann effektiver als nur soziale Unterstützungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine neue Solidarität für mehr Inklusion und Kreativität kräftigen, weil sich die Bürgerinnen und Bürger dann wieder mit ihrem Gemeinwesen und untereinander identifizieren. Das immunisiert sie zugleich gegen die destruktiven Aktivitäten der politischen Rechten im Speziellen und des Populismus im Allgemeinen. Die Mitbürger*innen werden dann nicht mehr vorrangig – wie zur Zeit der manischen neoliberalen Wettbewerbskultur der letzten dreißig Jahre – als ängstigende Bedrohung, sondern eher als hilfsbereite Unterstützung wahrgenommen. Sie werden in einer freundlicheren menschlicheren Gesellschaft im besten sozialdemokratischen Sinne zu Genossinnen und Genossen.

Eine Einweg-Mund-
Nasen-Abdeckung



IV. KOMMUNIKATION IN DER KRISE: WIE SCHAFFT MAN VERTRAUEN?

Im Zuge der länger andauernden Einschränkungen unseres täglichen Lebens und unserer Grundrechte wegen Corona ist es zunehmend zu Protesten gekommen. Bei den Protestierern finden sich sehr unterschiedliche Motive: Verteidigung von Grundrechten, Zweifel an der Sinnhaftigkeit konkreter Einschränkungsmaßnahmen, grundsätzliche Gegnerschaft, ja Feindschaft gegen unsere Demokratie und Glauben an Verschwörungstheorien kommen zusammen. Legitime Skepsis und illegitime misstrauische Feindschaft gegenüber den Entscheidungen der Politik gehen ineinander über. Das könnte zu einer gefährlichen antidemokratischen und explosiven Mischung führen. Deshalb ist es sehr wichtig, sich Klarheit darüber zu verschaffen, wie die politische Kommunikation in der Krise das Vertrauen in unsere Demokratie stärken kann, anstatt es zu unterminieren.

Dabei ist zunächst im Blick zu behalten, dass jede Kommunikation nicht nur von den Sendern, sondern auch von den Empfängern geprägt wird. Aber in der Krise tragen die Regierungen als Sender eine besondere Verantwortung, weil sie die Initiative ergreifen können.

1. Bedeutung von gegenseitigem Vertrauen

Wenn Kommunikation das Vertrauen der Bürger*innen stärken soll, müssen kommunizierende Regierungsvertreter*innen selbst Vertrauen in sie haben. Wer Bürgern eher misstraut, „schwierige“ Informationen zu unterdrücken versucht oder sie vor

Herausforderungen bewahren will, neigt zu Vertuschungen. Das schafft Misstrauen. Konservative trauen in der Regel von ihrem Menschenbild her Bürger*innen weniger zu als Sozialdemokraten, wollen ihnen keine Konflikte zumuten, lassen gern vieles im Dunkeln. Sie verhindern oft aktiv die Thematisierung von schwierigen Fragen, die die eigene Machtposition gefährden könnte. Solche Konservative gibt es übrigens auch in der SPD.

Diese Grundhaltung hat vor allem Angela Merkel während ihrer ganzen Amtszeit ausgezeichnet. Das kann lange für den Machterhalt gut gehen, ist aber gefährlich, weil sich bei Gegnern ein Misstrauenspotential anstauen kann, das lange unentdeckt bleibt. Außerdem zeugt diese Haltung nicht nur von Misstrauen, sondern letztlich auch von Geringschätzung der Bürger*innen.

Gegner von Merkels Politik haben das früh bemängelt, zunächst ohne große Wirkung, solange sie nur von „links“ kamen. Erst mit der „Alternative für Deutschland“ bekam sie Kritik von rechts.

Umgekehrt heißt dies, dass demokratische Kommunikation Vertrauen in die Bürger aufbringen muss, wenn sie gelingen soll. Von ihrem Menschenbild her haben Sozialdemokraten im Unterschied zu Konservativen solches Vertrauen. Das kann in der Kommunikation der Corona-Krise dann den Bürger*innen auch Unsicherheit zumuten.

2. Kommunikation unter Unsicherheitsbedingungen und in der Krise

Politik muss immer unter Bedingungen der Unsicherheit handeln. Sie muss sich das klarmachen und deshalb auch immer revisionsbereit sein. Solche Revisionen wagen demokratische Politiker*innen in der Regel nicht, weil sie um ihre Autorität fürchten, wenn sie ihre Entscheidung ändern. Diese Gefahr besteht aber nicht, wenn Positionsänderungen jeweils begründet werden. So lautet die dritte Maxime des Gemeinsinns, die Immanuel Kant in seiner „Kritik der Urteilskraft“ formuliert: „Jederzeit mit sich einstimmig denken.“ Das bedeutet nicht, dass man ein Leben lang dieselben Positionen vertreten soll. Das ist für eine lebendige Person gar nicht möglich. Aber man muss Änderungen begründen.

Damit ist eine weitere zentrale Bedingung für Vertrauen stiftende Kommunikation benannt: Jede Entscheidung muss im Lichte immer bestehender Alternativen begründet werden. Nur dann erkennt sie die Adressaten als Partner an, denen sie nicht einfach Behauptungen und Gehorsam zumutet. Denn Begründungen können immer infrage gestellt werden. Nur so entsteht eine ernsthafte Diskussion, nur so kann man die besten Lösungen finden.

Angela Merkel hat ihre Entscheidungen im Gegensatz dazu leider prinzipiell nie begründet, sondern als „alternativlos“ vorgetragen und damit gegen Grundregeln des demokratischen Diskurses, der Vertrauen stiften soll, verstoßen.

Das rächt sich jetzt. Sozialdemokraten sollten daraus lernen: Politische Kommunikation muss auf Gründe bauen, muss dialogisch-argumentativ verfahren und Vertrauen in die bürgerliche Öffentlichkeit aufbringen. Dafür muss und kann die Sozialdemokratie in Zukunft stehen und einstehen.

GRUNDWERTEKOMMISSION BEIM SPD-PARTEIVORSTAND

Vorsitzende: Prof. Dr. Gesine Schwan, Sekretär: Jens Hartung
Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
E-Mail: Grundwertekommission@spd.de

